

Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik

Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953–1980

Hans Rattinger und Walter Puschner

1. Zur Fragestellung

1.1. Einführung

Daß die politische Geschichte Deutschlands durch ökonomische Entwicklungen und Ereignisse nachhaltig geprägt worden ist, wird ernsthaft von niemandem in Frage gestellt. Eine der wichtigsten Ursachen für den Untergang der ersten deutschen Demokratie war sicher die Krise der Weltwirtschaft in den zwanziger und dreißiger Jahren, ohne deren Auswirkungen kaum die Mehrheit der Deutschen den Parolen der Nationalsozialisten gefolgt wäre (*Frey und Weck 1981*). Der bisherige Erfolg der zweiten deutschen Demokratie andererseits wurde durch den wirtschaftlichen Wiederaufschwung wesentlich begünstigt. Die anfängliche Zersplitterung des bundesdeutschen Parteiensystems wich nach wenigen Jahren seiner heutigen Konzentration, nicht zuletzt weil die rasche Zunahme des allgemeinen Wohlstands radikaler Kritik an der neuen politischen Ordnung die Grundlage entzog. Dem „Wirtschaftswunder“ entsprach so das „Wahlwunder“ (*Kaltefleiter 1968*).

Hinter solchen Aussagen zum globalen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik stehen mehr oder weniger explizite Annahmen über die Determinanten individuellen politischen Verhaltens. Die Verteilung politischer Gewichte innerhalb der Gesellschaft, wie sie in Wahlen zum Ausdruck kommt, wird als Produkt unter anderem auch wirtschaftlicher Strukturen und Prozesse aufgefasst. Deren Bedeutung für die Überlebensfähigkeit des demokratischen Systems und seinen immanenten Wandel wird letzten Endes reduziert auf ihre Auswirkungen auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen. Diese Reduzierung spektakulärer historischer Entwicklungen auf Veränderungen individueller politischer Einstellungs- und Verhaltensmuster hat große Plausibilität für sich und trifft mit verschiedenen andersartigen Ableitungen und Annahmen eines Zusammenhangs zwischen ökonomischen Variablen und politischem Verhalten zusammen.

Sieht man von der marxistischen und neo-marxistischen Perspektive ab (*Abromeit 1976*), dann werden die Auswirkungen wirtschaftlicher Verhältnisse auf individuelles politisches Verhalten vor allem in zwei Diskussionssträngen hervorgehoben. Zum einen wird immer wieder auf die säkulare und durch die keynesianische Revolution noch beschleunigte Ausweitung der Staatstätigkeit verwiesen, die dem Staat noch mehr unmit-

telbare Verantwortung für ökonomische Abläufe gebracht hat (*Hereth* 1974) und der bei den Bürgern eine wachsende Anspruchshaltung gegenüber unmittelbaren staatlichen Leistungen und staatlicher Wirtschaftsregelung gegenübersteht (*Galbraith* 1958; *Almond* und *Verba* 1965). An diese Ergebnisse knüpfen neuere Studien wie etwa diejenige von *Inglehart* (1977) an, in der die allgemeine Dominanz der Wohlstandsorientierung für westliche Industriegesellschaften relativiert wird.

Zum zweiten gehört die Abhängigkeit politischer Ergebnisse von ökonomischen Entwicklungen zu den zentralen Prämissen der „Ökonomischen Theorie der Politik“ (*Herder-Dorneich* und *Groser* 1977; *Frey* 1977). Die Grundbestandteile der politisch-ökonomischen Gesamtmodelle dieser Theorie (*Frey* und *Schneider* 1975) finden sich bereits bei *Downs* (1957). Wähler und politische Entscheidungsträger werden als rationale Nutzenmaximierer im Sinne des „homo oeconomicus“ betrachtet. Politische Amtsinhaber versuchen, ihre Wiederwahl zu gewährleisten und die Wirtschaft zu diesem Zwecke zu manipulieren (*Fair* 1975). Die Wähler andererseits sind bestrebt, durch ihre Wahlentscheidung ihren individuellen Nutzen zu maximieren, der vorwiegend als von der erwarteten wirtschaftlichen Situation des einzelnen bestimmt gesehen wird. Diese wiederum hängt ab von der Wahrnehmung vergangener und zukünftiger Konjunkturverläufe. Empirische Kriterien für die Gültigkeit dieser Theorie sind also, ob sich einerseits der Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente des Staates an der Aussicht eines erneuten Wahlsieges orientiert (*Tüfte* 1978), ob die vorhergesagten politisch-ökonomischen Konjunkturzyklen (*Nordhaus* 1975) eintreten und ob andererseits das Wahlverhalten, zumindest teilweise, tatsächlich durch ökonomische Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen bestimmt wird.

1.2. Hypothesen zum Zusammenhang zwischen ökonomischen Variablen und Wahlverhalten

Diese Grundannahmen der Ökonomischen Theorie der Politik sind in zahlreichen Arbeiten dargestellt, kritisiert, differenziert und beträchtlich erweitert worden. Ein Literaturbericht (*Dinkel* 1977; *Rattinger* 1980: Kapitel 1 und 2; *Frey* und *Schneider* 1981) erübrigt sich hier. Soviel sei allerdings hinzugefügt: Die Autoren der Ökonomischen Theorie der Politik befinden sich in Übereinstimmung mit den erwähnten Interpretationen des Mißerfolgs der ersten und des Erfolgs der zweiten deutschen Demokratie, wenn sie davon ausgehen, daß ökonomische Mißstände, Fehlentwicklungen und Rezessionen die Unterstützung der an der politischen Macht befindlichen Eliten durch die Massen vermindern. *Kramer* (1971) etwa hat die Axiome von *Downs* (1957) derart interpretiert, daß es für jeden Wähler einen Zustand gibt, der unter seinem Nutzenkalkül als „gut genug“ bewertet wird, um loyal zur Regierung zu stehen. Sinkt aber die ökonomische Leistungsbilanz der Regierung unter diese Schwelle, ist ein „Überlaufen“ zur Opposition zu erwarten. Je stärker die ökonomischen Schwierigkeiten, desto mehr Wähler erfaßt diese Bewegung. Geht man überdies davon aus, daß die Wähler auf Krisen intensiver reagieren als auf Wirtschaftsexpansion und Hochkonjunktur (*Bloom* und *Price* 1975) – sei es aus Undankbarkeit oder weil bei begrenzter kognitiver Auf-

nahmefähigkeit unangenehme Entwicklungen eine höhere Chance der Wahrnehmung haben – dann gelangt man zu dem Schluß, daß ökonomische Veränderungen eher dazu angetan sind, den Rückhalt von Regierungen in der Bevölkerung zu schwächen als ihn zu stärken.

Diese „*Anti-Regierungs-Hypothese*“ der Ökonomischen Theorie der Politik bildet den Ausgangspunkt der meisten empirischen Arbeiten, die in diesem theoretischen Rahmen zum Zusammenhang von ökonomischen Variablen und Wahlverhalten entstanden sind, und sie wird immer wieder als durch die Ergebnisse erhärtet bezeichnet. Man kann aber argumentieren, daß sie nicht die *einzig* plausible Interpretation rationaler Wählerreaktion auf ökonomische Entwicklungen darstellt (Rattinger 1979, 1981; Peretz 1981). Verschiedene politische Parteien können sich über lange Jahre hinweg den wirtschaftlichen Interessenlagen verschiedener Teile der Wählerschaft in unterschiedlichem Ausmaß verpflichtet fühlen. So zeigte etwa Hibbs (1977, auch Schmidt 1980), daß in einer Reihe von Industrienationen bürgerliche Regierungen eine systematisch andere Verteilungspolitik betrieben haben als sozialistische oder sozialdemokratische Regierungen. Wenn solche Unterschiede in der Programmatik und früheren Prioritätensetzung der Parteien den Wählern bewußt sind, dann muß nicht jede krisenhafte Wirtschaftslage der Regierung schaden. Vielmehr hängt das politische Resultat davon ab, welche Teile der Wählerschaft sich von dem Problem besonders betroffen fühlen und welche Partei sie für ihre traditionelle Interessenvertretung bei seiner Überwindung halten. Diese Überlegungen der Wähler müssen nicht, können aber unabhängig davon sein, wer die Regierung stellt.

Im Fall der Arbeitslosigkeit kann man etwa argumentieren, daß die meisten Arbeitslosen unabhängig von der Regierungszusammensetzung davon ausgehen werden, daß eine sozialistische oder sozialdemokratische Partei entschlossen ist, mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu unternehmen als andere Parteien, so daß *ceteris paribus* hohe oder steigende Arbeitslosigkeit ihr Abschneiden bei Wahlen verbessern sollte. Dies gilt *auch*, wenn diese „Arbeitnehmerpartei“ an der Regierung ist, weil erwartet werden dürfte, daß die alternative bürgerliche Regierung die Arbeitslosigkeit noch weniger energisch und wirksam bekämpfen würde. Verallgemeinert nennen wir diese Hypothese „*Klientelenhypothese*“, weil sie davon ausgeht, daß politische Parteien in der Regel diejenigen ökonomischen Probleme in den Vordergrund ihrer wirtschaftspolitischen Aktivität stellen, die für ihre traditionellen Anhänger besonders bedrohlich sind. Nach dieser alternativen Hypothese erhöhen ökonomische Krisen nicht notwendigerweise die Wahrscheinlichkeit der Abwahl der Regierung, sondern führen stets zur Verstärkung derjenigen Partei, welche sich aufgrund der größeren Betroffenheit ihrer Anhänger durch das jeweilige Problem und ihres vergangenen Einsatzes der – berechtigten oder unberechtigten – Erwartung erfreut, es mit mehr Nachdruck anzugehen als die politische Alternative. Ihre Truppen scharen sich – bildlich gesprochen – angesichts der Bedrohung enger um die Fahne. Die Anti-Regierungs-Hypothese sagt genau das Gegenteil voraus, nämlich bei nachteiligen ökonomischen Entwicklungen Abkehr von der Regierung, gleich welcher Couleur.

Offenkundig sind die theoretischen Erwartungen über die Auswirkungen von ökonomischen Variablen auf Wahlverhalten nicht eindeutig. Daraus ergibt sich eine erste Frage-

stellung dieses Beitrags, nämlich in den uns verfügbaren Umfragematerialien aus den Jahren 1953 bis 1980 zu überprüfen, welche der beiden Hypothesen sich in der Bundesrepublik für welche ökonomischen Variablen und für welche Zeiträume als überlegen erweist.

1.3. Ökonomische Variablen und Wahlverhalten – eine Scheinkorrelation?

Eine zweite Fragestellung folgt aus dem Stand der Erforschung unserer Thematik für die Bundesrepublik. Dieser Forschungsstand ist nicht sehr beeindruckend und – wie die Theorie – nicht frei von Widersprüchen.

Die vorliegenden Arbeiten zerfallen in zwei große Gruppen, nämlich in Aggregat- und Individualdatenstudien. Auf der Makroebene angesiedelte Arbeiten verwenden grundsätzlich makroökonomische Variablen wie Arbeitslosigkeit, Inflation, Wirtschaftswachstum, Einkommen und Einkommensverteilung als Erklärungsvariablen und kommen als Längsschnitt-, Querschnitt- und kombinierte Längs- und Querschnittanalysen vor. Eine weitere Differenzierung ist, ob als abhängige Variable Wahlergebnisse oder aggregierte Popularitätsserien für Regierung, Parteien oder politische Persönlichkeiten verwandt werden.

Längsschnittstudien von für die gesamte Bundesrepublik aggregierten Popularitätsserien (*Kirchbäumer* 1976) haben früher vor allem mit der Anti-Regierungs-Hypothese vereinbare Ergebnisse gebracht und damit Befunde vor allem aus den Vereinigten Staaten reproduziert. Jüngst jedoch ist eine Analyse solcher Daten erschienen (*Peretz* 1981), die dem widerspricht. Untersuchungen tatsächlicher Wahlergebnisse, die im Querschnitt und im kombinierten Längs- und Querschnitt durchgeführt wurden (*Rattinger* 1979, 1980, 1981), erlauben kaum einfache Schlußfolgerungen, unterstützen aber zum Teil eindeutig die Klientelhypothese, so daß die Uneindeutigkeit der Theorie sich in den Resultaten der empirischen Forschung wiederfindet. Immerhin stimmen alle Aggregatdatenstudien für die Bundesrepublik darin überein, daß makroökonomische Variablen identifizierbare Wirkungen auf Wahlen und Wahlabsichten haben. Wie diese Wirkungen aussehen, kann abschließend noch nicht beurteilt werden.

Auch zu den Beziehungen zwischen ökonomischen Variablen und individuellem Wahlverhalten liegen widersprüchliche Forschungsergebnisse vor. *Jung* (1978) folgert aus seiner Auswertung einer Wiederholungsbefragung mit drei Wellen zwischen 1973 und 1976, daß für etwa jeden zehnten Befragten nicht ausgeschlossen werden kann, daß Veränderungen der Wahlabsicht Veränderungen der Zumessung ökonomischer Problemlösungskompetenz an die Parteien folgten. Dagegen schließt *Roth* (1973, 1977) aus seiner Analyse der Bewertungen der allgemeinen und der persönlichen gegenwärtigen und erwarteten wirtschaftlichen Lage bei den Bundestagswahlen von 1972 und 1976, daß die deutlichen vorgefundenen Zusammenhänge mit der Wahlabsicht Scheinbeziehungen darstellen.

„Nicht die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (bestimmt) die Parteipräferenz, sondern die Parteinähe (beeinflusst) die Antwort auf Fragen der Einschätzung der allgemeinen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage.“ „Die Richtung der Beeinflussung (geht) nicht, wie angenommen, von

der Perzeption der ökonomischen Lage auf die Wahlentscheidung . . . Die Indikatoren messen eher die veröffentlichte Meinung der Parteien zu den angeschnittenen Fragen als die Meinung der Bevölkerung zur wirtschaftlichen Situation.“ (Roth 1973: 266, 270).

Bei der Auswertung der Umfrage zur Bundestagswahl 1976 konzentriert sich Roth auf das Problem der Arbeitslosigkeit und legt ähnliche Schlußfolgerungen vor:

„Arbeitslosigkeit als allgemeines Issue betrachtet, hat keinen erkennbaren Einfluß auf stabiles oder sich veränderndes Wahlverhalten. Die Haltungen der Befragten zu dem Problem, ihre Kompetenzzuweisung für die Lösung des Problems an die Parteien und ihre Schuldzuordnung für die Existenz des Problems an die Parteien, das alles kann als Korrelat der Parteinähe angesehen werden. Ein Eigengewicht des Issues auf die Wahlentscheidung ist nicht feststellbar. Wird Arbeitslosigkeit dagegen als sozialstrukturelles Element verstanden und die tatsächliche Betroffenheit erfaßt, so wird ein Einfluß von Arbeitslosigkeit auf die Wahlentscheidung offenbar“ (Roth 1977: 547).

Diese Ergebnisse zwingen uns dazu, noch vor der oben genannten eine zweite Fragestellung zu verfolgen, in welchem Umfang sich nämlich in unseren Umfragedaten selbständige und von der gemeinsamen Determinierung durch die Parteidbindung unabhängige Wirkungen von ökonomischen Variablen auf Wahlverhalten nachweisen lassen. Erst wenn es solche eigenständigen Effekte überhaupt gibt, macht es Sinn, nach ihrer Übereinstimmung mit der Anti-Regierungs-Hypothese oder der Klientelhypothese über ihre Richtung zu fragen.

1.4. Fünf Forschungsstrategien

Bevor wir unser eigenes Vorhaben durchführen, erscheint es sinnvoll, die verschiedenen Strategien zur mikroanalytischen Untersuchung des Zusammenhangs zwischen ökonomischen Variablen und Wahlverhalten systematisch zusammenzustellen. Man kann dann aufzeigen, welche Aspekte durch die früheren Forschungen abgedeckt sind, wo die hier vorgelegten empirischen Befunde einzuordnen sind, und welche Fragestellungen unbearbeitet bleiben bzw. aufgrund der Datenlage auch vorläufig unbearbeitet bleiben müssen.

Die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Variablen und individuellem Wahlverhalten lassen sich mittels fünf verschiedener Datentypen analysieren. Ihrer Verwendung liegen jeweils unterschiedlich explizierte Modelle über die Umsetzung ökonomischer Situationen und Sachfragen in politisches Verhalten zugrunde.

1. *Ökonomische Problemlösungskompetenz.* Werden ökonomische Aufgaben des Staates vorwiegend als gesellschaftlich unumstrittene Zielvorgaben aufgefaßt, also als „valence issues“ nach Butler und Stokes (1969: Kapitel 8), dann kann man argumentieren, daß die Zumessung von Problemlösungskompetenz an Parteien und Personen individuelles Wahlverhalten am stärksten einflußt. Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, soziale Sicherung und Verteilungsgerechtigkeit sind die wichtigsten Beispiele solcher Zielsetzungen, deren Bedeutung von allen politischen Kräften hervorgehoben wird. Der Wähler kann sich dabei nicht daran orientieren, welche Partei seinen eigenen Vorstellungen am nächsten steht. In Umfragen wird deshalb erhoben, wie

wichtig diese Probleme für die Befragten sind und wem sie ihre Bewältigung am ehesten zutrauen. Das Kompetenzmodell sagt voraus, daß diejenige politische Alternative gewählt wird, die ein Wähler zur Verwirklichung der von ihm für besonders wichtig gehaltenen ökonomischen Ziele als besonders geeignet einschätzt.

② *Parteiprogramme und Ziele der Wähler.* Gesellschaftlich umstrittene Sachbereiche bezeichnen Butler und Stokes (1969) als „position issues“. Ökonomische Themen fallen in diese Kategorie als globale Zielvorgaben nur selten (z. B. Notwendigkeit von Einkommensumverteilung), als Strategien zu ihrer Durchsetzung dagegen häufig: Soll Arbeitslosigkeit durch Ausweitung der öffentlichen oder der privaten Ausgaben bekämpft werden, durch Zurückhaltung in welchen Einzelhaushalten soll die staatliche Kreditaufnahme gedrosselt werden etc.? Bei solchen Sachfragen muß der Wähler seine eigenen Positionen denjenigen der verschiedenen politischen Angebote gegenüberstellen und kalkulieren, welche Stimmabgabe am ehesten zu einer von ihm inhaltlich gebilligten Politik führen würde. Dieser Entscheidungstyp kennzeichnet den rationalen, nutzenmaximierenden Wähler der Ökonomischen Theorie der Politik (Riker und Ordeshoock 1973). In Umfragen muß erhoben werden, wie wichtig die einzelnen Streitfragen für den Befragten sind, welche Positionen er selbst vertritt und als wie entfernt er die Positionen der Parteien wahrnimmt. Das Distanzmodell (Stokes 1963) sagt die Wahlentscheidung voraus als Prozeß der Distanzminimierung über die durch ihre persönliche Relevanz gewichteten einzelnen Streitfragen hinweg.

3. *Bewertung und Bedeutung der allgemeinen ökonomischen Situation.* Neben Kompetenz- und Distanzeinschätzungen können auch Wahrnehmungen allgemeiner wirtschaftlicher Zustände individuelles Wahlverhalten beeinflussen. Ebenso kann es bedeutungsvoll sein, welches ökonomische Problem als für die Volkswirtschaft oder für einen selbst am dringlichsten beurteilt wird oder ob wirtschaftliche Schwierigkeiten oder Erfolge eher als vorübergehend oder eher als Dauererscheinung aufgefaßt werden. Entsprechende Fragestellungen gehören seit langem zum Standardrepertoire der Umfrageforschung, namentlich im Bereich der Konsumforschung.

4. *Bewertung und Bedeutung der individuellen ökonomischen Situation.* Dem zur allgemeinen Wirtschaftslage Gesagten ist hier nur hinzuzufügen, daß angesichts hoher Wohlstandsorientierung die entsprechenden Einschätzungen und Erwartungen zu verschiedenen Aspekten der eigenen ökonomischen Lage ceteris paribus noch stärker auf das Wahlverhalten wirken sollten.

5. *Objektive individuelle ökonomische Situation und Betroffenheit von der allgemeinen Wirtschaftslage.* Während bei den ersten vier Fragestellungen ökonomische Perzeptionen in Beziehung zum Wahlverhalten gesetzt werden, erscheint es auch plausibel, objektive Daten zur individuellen wirtschaftlichen Lage als Erklärungsvariablen heranzuziehen. Einkommen, Immobilienbesitz, Spätätigkeit, Berufswechsel, Konsummuster usw. charakterisieren die private wirtschaftliche Lage, ob ein Befragter arbeitslos ist oder jemals war, Einkommenseinbußen hinnehmen mußte, in seinem erlernten Beruf arbeitet oder nicht usw. kennzeichnet seine Betroffenheit von makroökonomischen Entwicklungen. Auch wenn entsprechende Daten nicht immer erhoben werden, kann man annehmen, daß solche objektiven Indikatoren individueller Verhältnisse die Bewertungen und Erwartungen zur allgemeinen und zur persönlichen wirtschaftlichen Lage stark prägen. Das gilt besonders für solche Variablen, welche die individuelle Betroffenheit von allgemeinen wirtschaftlichen Strukturen und Prozessen erfassen.

Diese fünf Fragestellungen sind in der mikroanalytischen Forschung zur Wirkung von ökonomischen Variablen auf Wahlverhalten in der Bundesrepublik unterschiedlich intensiv aufgegriffen worden. Von einer Ausnahme abgesehen (Garding 1978), muß für die zweite Variante Fehlanzeige erstattet werden, wohl weil die bei den Wählern unterstellte Rationalität und Problemverarbeitungskapazität als unrealistisch eingeschätzt wird, zumal das Distanzmodell der Wahlentscheidung nicht auf ökonomische Zielvor-

gaben, sondern nur auf (zweitrangige?) Realisierungsstrategien angewandt werden kann. Auch die objektive individuelle ökonomische Situation wird selten hinreichend differenziert erfragt, um die für die fünfte Fragestellung notwendigen Daten bereitzustellen. Größerer Beliebtheit erfreut sich andererseits das Kompetenzmodell, für dessen Anwendung seit Beginn der sechziger Jahre geeignete Daten zumindest für Preisstabilität, Alterssicherung und Steuersenkung vorliegen (*Klingemann 1973*). Gleichfalls seit längerem kontinuierlich verfügbar sind Materialien zur Einschätzung der allgemeinen und der eigenen gegenwärtigen und zukünftigen ökonomischen Lage und verschiedener ihrer Komponenten.

1.5. Ökonomische Variablen und Wahlverhalten im Zeitvergleich

Nach diesen Bemerkungen zur Theorie, zu vorliegenden Forschungsergebnissen und zur Systematik können wir nun das eigene Vorhaben genauer beschreiben. Wir werten insgesamt vierzehn Umfragen aus den Jahren 1953 bis 1980 aus. Eine solche längszeitliche Untersuchung ist natürlich in hohem Maß von der Datenlage abhängig; eine Entscheidung zwischen den fünf skizzierten Forschungsstrategien haben wir nicht. Vielmehr müssen wir uns auf diejenigen Indikatoren beschränken, die über den fraglichen Zeitraum hinweg in halbwegs vergleichbarer Form erhoben worden sind.

Solche Indikatoren sind vor allem zu finden zum Kompetenzmodell und zur Einschätzung der eigenen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Ökonomische Kompetenzzuschreibungen lassen wir allerdings unberücksichtigt. Nach dem Erkenntnisstand der Forschung scheinen sie uns so stark mit der affektiven Parteibindung zusammenzuhängen (*Jagodzinski 1981*), daß sie eigentlich nur im Fall ihres Wandels bei langfristigen Wiederholungsbefragungen (*Jung 1978*) sinnvollerweise in Beziehung zum politischen Verhalten gesetzt werden können. Solche Wiederholungsbefragungen sind aber unter den ausgewerteten Umfragen (Anhang 2) die Ausnahme.

Wir analysieren also als Erklärungsvariablen für Wahlverhalten in der Bundesrepublik zunächst Bewertungen der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftslage und Erwartungen über die zukünftige allgemeine Wirtschaftslage. Daneben stellen wir Befunde über die Konsequenzen, die verschiedene Einschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Preisstabilität und Arbeitsplatzsicherung auf die Wahlabsicht haben. Zur individuellen ökonomischen Lage berichten wir ebenfalls über die politische Relevanz von Beurteilungen der Gegenwart und Erwartungen von der Zukunft. Aus dem Komplex der objektiven individuellen Situation und der Betroffenheit durch makroökonomische Entwicklungen greifen wir wegen der längszeitlichen Verfügbarkeit die beiden Variablen „Einkommen“ und „Arbeitslosigkeit“ heraus, wobei wir für die letztere unter allen acht ökonomischen Variablen den stärksten Einfluß auf das Wahlverhalten erwarten, weil sie die persönliche Erfahrung mit krisenhaften ökonomischen Entwicklungen am schärfsten erfaßt.

Die nachfolgenden Auswertungen stellen zunächst natürlich eine quantitativ-historische Deskription dar. Darüber hinaus geht es uns aber um die beiden inhaltlichen Fragestellungen, die weiter oben aus dem Stand der Forschung abgeleitet wurden,

nämlich ob es auf der Individualebene überhaupt eigenständige, von der Parteibindung unabhängige Effekte von ökonomischen Variablen auf politisches Verhalten gibt und, wenn ja, mit welcher der beiden angeführten Hypothesen sie der Richtung nach eher übereinstimmen. Dazu muß sich im Fall einer längszeitlichen Analyse natürlich auch die Frage nach der Strukturkonstanz gesellen. Zunächst sind aber noch einige kurze Bemerkungen zur Methode angezeigt.

2. Zur Methode

Da unser Interesse der Frage gilt, ob, und nach welchen Mustern ökonomische Variablen über die Parteibindung hinaus zur Erklärung der Wahlabsicht beitragen können, muß eine Analysestrategie eingesetzt werden, die den Einfluß der Parteibindung auf ökonomische Einschätzungen und Wahlabsichten vorab ausschaltet. Die Wirkung der ökonomischen Variablen soll nur in solchen Schwankungen der Wahlabsichten gesucht werden, die durch Parteibindung nicht erklärt werden können, weil aufgrund theoretischer Überlegungen die Effekte der Parteinähe als vorgeordnet aufzufassen sind (Falter 1977; Gluchowski 1978; Norpoth 1978). Ein solches Verfahren gestattet, den Einwand Rotbs (1973, 1977), ökonomische Variablen stellen zum Teil lediglich Mehrfachmessungen der Parteibindung dar, nicht nur angemessen zu berücksichtigen, sondern ihn auch über die ganze Untersuchungsperiode hinweg empirisch zu überprüfen.

Für diesen Zweck sind prinzipiell drei Analysemethoden brauchbar, in denen die Auswirkungen der Parteisympathie konstant gehalten werden können, nämlich die Analyse von partiellen Kontingenztabellen, die multiple schrittweise Regressionsanalyse und die Normal-Vote-Analyse. Das Instrument der Normal-Vote-Analyse (Converse 1966; Falter und Rattinger 1981) scheidet aber trotz seiner formalen und darstellungsmäßigen Eleganz sofort aus, weil es das Vorliegen von über längere Zeiträume hinweg mit einem einheitlichen Messinstrument erhobenen Daten zur Parteiidentifikation voraussetzt. Diese Voraussetzung ist für die Bundesrepublik erst seit Beginn der siebziger Jahre erfüllt.

Den multiplen Regressionsansatz haben Klingemann und Taylor (1977) mit großem Erfolg zur Untersuchung der eigenständigen Wirkungen von Kompetenz- und Kandidatenbeurteilungen auf Wahlabsichten eingesetzt. Sie regredieren in einem ersten Schritt Wahlabsicht, Kompetenz- und Kandidatenbeurteilungen auf die Parteibindung und setzen dann die Residuen der Wahlabsicht zu den Residuen der letzteren Einstellungskomplexe in Beziehung. Ein solches Vorgehen, das man übrigens durch schrittweise Regression etwas weniger aufwendig duplizieren könnte, kommt für uns aus mehreren Gründen nicht in Betracht, obwohl es statistisch die exakteste Quantifizierung des eigenständigen Erklärungseffekts der ökonomischen Variablen leisten würde.

Die Regressionsanalyse behandelt die Kategorialdaten in einer Umfrage wie kontinuierliche Verteilungen.

Das zwingt etwa dazu, die Wahlabsicht rein dichotomisch für die beiden großen Parteien zu definieren und die F.D.P.-Wähler zu vernachlässigen. Desgleichen müssen Einstellungen zu Sachfragen und die Sympathie für politische Persönlichkeiten auf eine einzige SPD-versus-CDU/CSU-Dimension reduziert werden. Damit fallen alle durch die Existenz der F.D.P. ermöglichten differenzierteren politischen Wahrnehmungen in der bundesdeutschen Wählerschaft sowie Austauschprozesse zwischen den Anhängern von Koalitionspartnern unter den Tisch.

Da es uns in diesem Beitrag weniger um präzise Quantifizierung als vielmehr um einen ersten längszeitlichen Überblick geht, entscheiden wir uns hier für die weit weniger elegante Interpretation von Kontingenztabellen, die dafür den Vorzug hat, auch mit weniger spezialisierten methodologischen Kenntnissen verständlich zu sein.

3. Ergebnisse

3.1. Einschätzung der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftslage

Die Untersuchung folgt bei allen acht ökonomischen Variablen einem einheitlichen Schema. Zunächst ermitteln wir die Verteilungen der Wahlabsichten für die einzelnen Ausprägungen der jeweiligen ökonomischen Variablen. Diese Verteilungen sind zum Teil in den Tabellen des Anhangs 1 wiedergegeben. Danach spalten wir die einzelnen Stichproben nach der Parteibindung der Befragten in jeweils drei Teilstichproben auf, die nur Anhänger der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. enthalten, und bestimmen wiederum in jeder Teilstichprobe die Verteilungen der Wahlabsichten in den einzelnen Kategorien der ökonomischen Variablen. Aus Platzgründen werden diese Auszählungen, in denen der Einfluß der Parteibindung auf Wahlverhalten und ökonomische Einschätzungen konstant gehalten ist, nicht ebenfalls tabellenmäßig wiedergegeben. Ihre Resultate werden in den nachfolgenden Abschnitten knapp beschrieben.

Aus Tabelle 1 ergibt sich für den Zeitraum von 1965 bis 1980 ein starker Einfluß der Einschätzungen der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten. Dieser Zusammenhang ist in allen sieben einschlägigen Umfragen hochsignifikant, die Kontrolle der Parteibindung läßt jedoch seine Signifikanz stark zurückgehen.

In den 21 Teiltabellen für die Anhänger der drei großen Parteien findet man nur vier statistisch signifikante Befunde. Bevor man aber die Beziehung zwischen der Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage und dem Wahlverhalten als durch die Parteiidentifikation der Befragten produzierte Scheinbeziehung „entlarvt“, empfiehlt sich ein Blick auf die Richtung der Zusammenhänge in den Teilstichproben. Es könnte ja sein, daß dort zwar kaum signifikante, wohl aber mit den Gesamtstichproben gleichgerichtete Effekte zu beobachten sind.

Für die F.D.P. trifft das nicht zu. Bei konstant gehaltener Parteinähe werden die in Tabelle 1 vorgefundenen Beziehungen nur in sieben Fällen reproduziert. Bei CDU/CSU und SPD dagegen findet man die Muster der Tabelle 1 in 17 von 21 Fällen zwar nicht immer der Signifikanz, wohl aber der Richtung nach bestätigt.

Daraus muß man schließen, daß die Einschätzung der allgemeinen gegenwärtigen Wirtschaftslage auch eine von der Parteibindung unabhängige Wirkung auf die Wahlabsicht für die beiden großen Parteien ausübt, obwohl die Tabelle 1 diese Wirkung stark übertrieben darstellt. Eine genaue Quantifizierung dieser eigenständigen Effekte ist bei der Analyse von Kontingenztabellen nicht möglich.

Die Richtung dieser Zusammenhänge spricht stets für die Anti-Regierungs-Hypothese. Die Wahrnehmung einer unbefriedigenden Wirtschaftslage schadete der CDU/CSU bis 1969, danach nützte sie ihr. Die Sozialdemokraten profitierten bis 1969 von solchen Wahrnehmungen, als Kanzlerpartei hatten sie darunter zu leiden. Während der Großen Koalition blieb die SPD von der „Bestrafung“ der Regierung für die Perzeption einer

schlechten ökonomischen Situation verschont. Sie konnte als „Opposition in der Regierung“ mit der Wirtschaftslage unzufriedene Wähler zu sich ziehen, was mit ihrer personellen Verantwortung für die Überwindung der damaligen Schwierigkeiten zusammenhängen dürfte. In Tabelle 1 entsprechen die Effekte auf das Abschneiden der F.D.P. übrigens ebenfalls genau der Anti-Regierungs-Hypothese, indem sie von negativen Einstufungen der ökonomischen Lage nur während ihrer Oppositionszeit gegenüber der Großen Koalition profitierte. Im Gegensatz zu den beiden großen Parteien fällt dieser Befund aber bei Kontrolle der Parteiidentifikation in sich zusammen. Wir können uns damit als Fazit der Aussage *Rotbs* (1973) nicht anschließen, daß die Einschätzung der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftslage die Wahlabsicht nicht beeinflusse und lediglich die Parteinähe reflektiere. Zwar sind die sehr starken Assoziationen in Tabelle 1 zum großen Teil statistische Artefakte, Wahlabsichten für die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD hängen aber dennoch mit dieser Einschätzung im Untersuchungszeitraum systematisch und gleichförmig zusammen: Hält man die Parteibindung konstant, dann sinkt die Neigung von Anhängern der jeweils größten Regierungspartei, für „ihre“ Partei zu stimmen, bei Wahrnehmung einer unbefriedigenden Wirtschaftslage gegenüber der Wahrnehmung einer guten Wirtschaftslage im gewichteten Mittel immer noch um rund fünf Prozent ab, und entsprechend steigt die Neigung von Oppositionsanhängern, „ihrer“ Oppositionspartei die Stimme zu geben. In der partiellen Kreuztabellenanalyse sind diese Effekte nur selten signifikant, aber ein beständig ermittelter schwacher Zusammenhang scheint uns verlässlichere Evidenz als ein einmalig hochsignifikantes Ergebnis.

3.2. Erwartung der zukünftigen allgemeinen Wirtschaftslage

Der Zusammenhang zwischen allgemeinen Wirtschaftserwartungen und Wahlverhalten, der nur in relativ wenigen Umfragen dokumentierbar ist, erweist sich in Tabelle 2 als seit 1972 statistisch signifikant und gleichgerichtet mit dem Effekt der Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftslage.

Kontrolliert man die Parteibindung der Befragten, dann finden sich zwar noch in vier von fünfzehn Teiltabellen signifikante Beziehungen, ihre Richtung jedoch entspricht der Tabelle 2 bei der F.D.P. nur in sechs Fällen, bei CDU/CSU und SPD nur in jeweils acht Fällen. Bei konstant gehaltener Parteiidentifikation erhält man also im Vergleich zu den Gesamtstichproben etwa ebensoviele „richtige“ wie „falsche“ Befunde, was auch ohne jeden Zusammenhang aufgrund zufälliger Schwankungen zu erwarten wäre. Zwar weisen alle signifikanten Teilergebnisse in die gleiche Richtung, so daß man folgern kann, pessimistische Wirtschaftserwartungen hätten SPD-Anhänger 1972 und 1980 und F.D.P.-Anhänger 1976 und 1980 eindeutig zum Abwandern zur Opposition veranlaßt. Uns erscheint allerdings gewichtiger, daß dies Ausnahmereischeinungen eines Bildes sind, dem bei Ausschaltung der Parteisympathie ansonsten jede Eindeutigkeit fehlt.

Wir folgern, daß allgemeine Wirtschaftserwartungen der Einschätzung der gegenwärtigen ökonomischen Situation abgeschwächt folgen (beide hängen eng miteinander zusammen) und über die Zeit hinweg keine eigenständigen systematischen Auswirkungen

auf das Wahlverhalten besitzen. Prognosen über die Zukunft der Volkswirtschaft sind offenbar so weit vom individuellen Erfahrungsbereich entfernt, daß die Urteile der bevorzugten politischen Eliten von den Befragten weitgehend übernommen werden.

3.3. Bedeutung der Preisstabilität

Die Einschätzung der Wichtigkeit stabiler Preise wurde seit 1961 in neun der hier analysierten Umfragen erhoben. In nur vier Zeitpunkten erhält man statistisch signifikante Beziehungen dieser Variablen zum Wahlverhalten. Kontrolliert man die Parteiidentifikation, gibt es keine signifikanten Resultate mehr und die Richtungen der Zusammenhänge in den Gesamtstichproben werden bei den Anhängerschaften der einzelnen Parteien ebenso oft reproduziert wie nicht, ohne daß irgendwelche systematischen Muster erkennbar wären. Für die F.D.P. sind bereits die unkontrollierten Werte der Tabelle 3 erratisch, bei CDU/CSU und SPD könnte man einen Anti-Regierungs-Effekt bei einer hohen Priorität für die Inflationsbekämpfung zu erkennen glauben. Er geht jedoch allein darauf zurück, daß solche Bewertungen bei Anhängern der jeweiligen Oppositionspartei besonders häufig sind. Die Regierung der Nachlässigkeit bei der Stabilisierung der Preise zu zeihen, gehört zum Standardrepertoire von Oppositionsparteien in der Bundesrepublik. Für ihre Anhänger trägt dieser Vorwurf zur kognitiven Stabilisierung ihrer Ablehnung der Regierung bei, ist mithin Ausdruck der Parteibindung, nicht Determinante des Wahlverhaltens.

3.4. Bedeutung der Vollbeschäftigung

Die Beurteilung der Wichtigkeit der Vollbeschäftigung hat sich in fünf Umfragen seit 1969 nie signifikant auf die Wahlabsichten ausgewirkt. Zur Platzersparnis verzichten wir deshalb auf die Wiedergabe einer entsprechenden Tabelle. Obwohl die ursprünglichen Daten für die beiden großen Parteien einen milden Anti-Regierungs-Effekt unterhalb der Signifikanzschwelle suggerieren, muß man sich durch die Kontrolle der Parteibindung eines Besseren belehren lassen. Sie läßt von dem Eindruck nichts übrig, bis (nach) 1969 habe eine hohe Priorität für Vollbeschäftigung der SPD (CDU/CSU) genützt und der Union (SPD) geschadet. Den Ausführungen zur Bedeutung der Preisstabilität ist somit nichts hinzuzufügen.

3.5. Einschätzung der gegenwärtigen eigenen wirtschaftlichen Lage

Die Serie nahezu reiner Scheinzusammenhänge wird mit dieser Variablen fortgesetzt. Zwar enthält Tabelle 4 für sieben Umfragen drei signifikante Zusammenhänge, und das inzwischen vertraute Muster, daß negative ökonomische Perzeptionen die Wahlabsicht für die Opposition erhöhen und für die Regierungsparteien vermindern, findet sich mit großer Deutlichkeit und Beständigkeit wieder. Nichts davon bleibt erhalten, kontrolliert man die Parteibindung der Befragten .

Da Roth (1973) argumentiert, die Einschätzung der gegenwärtigen eigenen wirtschaftlichen Lage sei vorwiegend eine Funktion der individuellen Prosperität, die gleichfalls auf das Wahlverhalten wirkt, kontrollierten wir für Tabelle 4 das Einkommen der Befragten getrennt und zusätzlich zur Parteiidentifikation. Dabei stellt sich heraus, daß in allen sechs Fällen (in Umfrage 14 ist die Einkommenshöhe nicht erfaßt) die in dieser Tabelle wiedergegebenen Beziehungen am stärksten zum Verschwinden gebracht werden, wenn man die Parteiidentifikation konstant hält. Zwar hängen sowohl die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation als auch die Wahlabsicht mit der Höhe des Einkommens zusammen, ihre gemeinsame Determinierung durch die Parteisympathie ist aber wesentlich stärker.

Dieses Ergebnis ist nur auf den ersten Blick erstaunlich. Es besteht nämlich kein monotoner Zusammenhang zwischen Einkommen und Zufriedenheit mit der eigenen ökonomischen Situation. Zusätzlich zum objektiven Einkommen spielen auch Ansprüche und Vergleichsmaßstäbe eine Rolle, die sehr wohl politisch beeinflusst sein können.

3.6. Erwartung der zukünftigen eigenen wirtschaftlichen Lage

Die Erwartung der zukünftigen eigenen wirtschaftlichen Lage wurde nur in fünf Umfragen seit 1969 ermittelt. Sie hängt in Tabelle 5 stets hochsignifikant mit der Wahlabsicht zusammen, bei Kontrolle der Parteibindung bleibt die Signifikanz in vier von fünfzehn partiellen Analysen erhalten, die globale Wirkungsweise dieser Erwartung findet sich für die F.D.P. in nur fünf, für die CDU/CSU und die SPD aber in jeweils zwölf dieser Teiltabellen bestätigt. Unter den bei der Einschätzung der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftslage diskutierten Kriterien kann man mithin die Erwartung zur persönlichen wirtschaftlichen Zukunft als die zweite ökonomische Variable ermitteln, deren Konsequenzen für das Wahlverhalten bei Berücksichtigung der Parteiidentifikation zumindest für die beiden großen Parteien und zumindest der Richtung – wenn auch nicht der Stärke nach – erhalten bleiben. Diese Erwartungen werden ebenfalls stark durch die Parteinähe geprägt, reflektieren aber nicht ausschließlich die Propaganda der bevorzugten Partei. Ihr eigenständiger Effekt auf das Wahlverhalten entspricht wiederum der Anti-Regierungs-Hypothese, wobei allerdings die SPD zu Ende der Großen Koalition nicht wie ihr stärkerer Koalitionspartner unter pessimistischen Erwartungen zu leiden hatte. Eine sorgenvolle Beurteilung der eigenen Zukunft mindert im Vergleich zu optimistischen Erwartungen im gewichteten Mittel aller Umfragen die Neigung der Anhänger der größten Regierungspartei, sie zu wählen, um rund drei Prozent. Dieses Resultat über die politischen Folgen persönlicher Zukunftsangst ist, wie gesagt, innerhalb der einzelnen Parteiidentifikationsgruppen nur selten signifikant, es erweist sich aber in dem Zeitraum, für den Material vorliegt, als sehr stabil.

3.7. Einkommen

Mit dieser Variablen verlassen wir den Bereich ökonomischer Perzeptionen und gehen zur objektiven wirtschaftlichen Situation der Befragten über. Tabelle 6 zeigt über 27

Jahre hinweg fast stets signifikante Beziehungen der Einkommenshöhe zum Wahlverhalten, die überwiegend der Klientelhypothese entsprechen. Mit steigendem Einkommen nimmt die Wahlabsicht für CDU/CSU und F.D.P. zu und für die SPD ab.

Bei der statistischen Kontrolle kann die Parteiidentifikation nicht als gemeinsam kausal vorgeordnet aufgefaßt werden, vielmehr ist sie als intervenierende Variable zwischen individuellem Wohlstand und Wahlabsicht zu interpretieren. Durch die partielle Kreuztabellenanalyse soll also geklärt werden, ob und welche *direkten* Effekte das Einkommen der Befragten auf die Wahlabsicht hat. Daß ein beträchtlicher Teil der in Tabelle 6 dargestellten Zusammenhänge darauf zurückgeht, daß Einkommen (als Bestandteil der Schichtzugehörigkeit) die Parteibindung und diese wiederum das Wahlverhalten beeinflusst, muß von vornherein erwartet werden.

Die Parteiidentifikation kann leider nicht in allen Umfragen konstant gehalten werden, weil in den beiden ältesten Untersuchungen von der Wahlabsicht unabhängige Erhebungen der Parteienähe ebenso fehlen wie in der Umfrage 5 aus dem Jahre 1965. Soweit aber partielle Analysen durchgeführt werden können, also bei neun von insgesamt zwölf Umfragen, bleibt von einem systematischen eigenständigen und direkten Einfluß des Einkommens auf individuelles Wahlverhalten weder der Signifikanz noch der Richtung nach die leiseste Spur zurück. Man kann angesichts dieses für die verschiedensten Umfragen völlig gleichlautenden Befundes mit großer Sicherheit davon ausgehen, daß die drei Umfragen, bei denen die Kontrollmöglichkeit fehlt, dem nicht widersprechen würden. Ein direkter Einfluß persönlichen Wohlstands auf das Wahlverhalten kann in der Bundesrepublik nicht festgestellt werden; bei Vernachlässigung der Parteibindung interpretiert man statistische Artefakte.

3.8. Persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit

Von der persönlichen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit erwarten wir, wie ausgeführt, unter allen ökonomischen Variablen die deutlichsten Auswirkungen auf individuelle Wahlabsichten. Diese Erwartung stützt sich auch auf *Rotbs* (1977) Ergebnisse, daß bei der Bundestagswahl 1976 Arbeitslosigkeit zwar nicht als Sachproblem, wohl aber als sozialstrukturelles Element auf das Wahlverhalten gewirkt habe. Diese Erwartung wird enttäuscht, denn in keiner einzigen von zehn Umfragen zwischen 1953 und 1980 besteht ein signifikanter Einfluß persönlicher Arbeitslosigkeit auf die Wahlabsicht, weshalb wir auch hier auf die Wiedergabe einer Tabelle verzichten. Selbst wenn man vermutet, daß statistische Signifikanz wegen der geringen absoluten Zahlen der Arbeitslosen nicht zustande kommt, gibt es auch keine irgendwie systematischen und beständigen Beziehungsmuster unterhalb der Signifikanzschwelle – außer vielleicht, daß arbeitslos zu sein die Wahlabsicht für die F.D.P. vermindert.

Hält man die Parteiidentifikation in den Umfragen nach 1958 konstant, was hier wieder auf der Annahme beruht, daß sie Arbeitslosigkeit und Wahlabsicht vorgeordnet ist, weil Angehörige bestimmter sozialstruktureller Kontexte mit jeweils typischer Parteibindung auch mit unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit arbeitslos werden, dann verschwindet auch diese Ausnahme. Stattdessen allerdings erscheint dann bei den SPD-Anhängern in der Umfrage von 1976 eine statistisch signifi-

kante Assoziation dergestalt, daß die arbeitslosen SPD-Anhänger sich in ihrer Wahlabsicht deutlich von der SPD ab- und der CDU/CSU zuwenden.

Dies scheint die Grundlage von *Roths* oben zitierte Aussage zu sein, die aber nach unseren Auswertungen einen Einzelfall generalisiert, denn weder vor noch nach 1976 können wir irgendwelche sonstigen politischen Effekte der Arbeitslosigkeit ermitteln, weder ohne noch mit Kontrolle der Parteidentifikation.

4. *Schlußbemerkung*

Für viele ist ein Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik eine Selbstverständlichkeit. Auf der Makroebene ist ein solcher Zusammenhang immer wieder bestätigt worden, vor allem und am ausführlichsten für die Vereinigten Staaten, aber vereinzelt auch für die Bundesrepublik. Auf der Individualebene entzieht er sich jedoch hartnäckig dem empirischen Nachweis.

Auch in diesem Beitrag können wir den fraglichen Zusammenhang für die Bundesrepublik auf der Ebene des einzelnen Wählers nicht sehr eindrucksvoll belegen, obwohl wir versucht haben, möglichst viel empirisches Material einzubeziehen. Unter acht ökonomischen Variablen finden wir keine einzige, die systematisch mit individuellen Wahlabsichten für die F.D.P. in Beziehung steht. Für die beiden großen Parteien sind es die Einschätzung der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftslage und die Erwartung der persönlichen wirtschaftlichen Zukunft, die zumindest halbwegs regelmäßig – entsprechend der Anti-Regierungs-Hypothese – im Fall pessimistischer Beurteilungen die jeweilige Regierung schwächen und die Opposition stärken. Alle anderen untersuchten Variablen werfen hier zur Erklärung des Wahlverhaltens nichts ab. Bedauerlicherweise stehen aber für einige Variablen Daten erst ab Mitte oder Ende der sechziger Jahre zur Verfügung, so daß man frühere Strukturbrüche nicht ausschließen kann. Unsere bescheidenen Resultate zeigen allerdings zweierlei mit Bestimmtheit. Wenn erstens in Individualdaten ökonomische Variablen mit Wahlverhalten ohne Berücksichtigung der Parteidentifikation in Beziehung gesetzt werden, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, Scheinzusammenhänge zu angeblichen inhaltlichen Befunden hochzustilisieren. Zweitens zeigt der längszeitliche Überblick, daß Ergebnisse aus einzelnen Umfragen vor einer Verallgemeinerung dringend der wiederholten Replikation bedürfen. Auch nach Kontrolle der Parteidentifikation signifikante Ergebnisse in einem einzelnen Querschnitt sind oft reine „Eintagsfliegen“, die ausschließlich auf einen einzigen Datensatz beschränkt sind. Die wiederholt aufgetretenen Schwierigkeiten bei Versuchen der empirischen Bestätigung der doch so „evidenten“ Abhängigkeit individuellen Wahlverhaltens von ökonomischen Variablen können nicht viele Ursachen haben. Möglicherweise wird mit den verkehrten Variablen und Daten gearbeitet, oder in der Bundesrepublik existiert der behauptete Zusammenhang nicht, oder die verwandte Methode bekommt ihn nicht in den Griff. Wir halten die erste Erklärung für plausibel, weil die persönliche Betroffenheit von Konjunkturverläufen in den verfügbaren Daten noch kaum hinreichend differenziert erfaßt wird. Unsere Ergebnisse zur Arbeitslosigkeit sind allerdings nicht dazu angetan, der Forderung nach einer solchen alternativen Datenbasis besonderen Nachdruck zu verschaffen. Aber auch die zweite Erklärung hat, in

abgeschwächter Form, viel für sich. Zum einen könnten ökonomische Variablen erst auf Wahlverhalten wirken, wenn bestimmte Reaktionsschwellen überschritten sind. Dies könnte in der Bundesrepublik noch nicht der Fall sein. Zum zweiten könnten die fraglichen Zusammenhänge wohl existieren – aber nicht sehr stark und oft gleichgerichtet mit den Auswirkungen von Parteibindung, verschiedenen Einstellungskomplexen und sozialstrukturellen Bezügen. Wer die umfangreiche Diskussion in den Vereinigten Staaten über den Einfluß politischer Sachfragen auf das Wahlverhalten kennt, würde sich sogar sehr wundern, wenn ökonomische Variablen mehr als Stimmenverschiebungen von einigen wenigen Prozenten bewirken könnten. Damit erhält aber auch die dritte Erklärung Gewicht. Wenn es sich um vergleichsweise schwache Zusammenhänge handelt, dürfte ihre Identifizierung und Isolierung auch ein methodologisches Problem sein. Wir haben hier mit einem recht groben Instrument gearbeitet und vielleicht deshalb nur einige wenige halbwegs beständige Beziehungsmuster gefunden. Die Wiederholung dieser Analyse mit feinerem Handwerkszeug sollte sich als nützlich erweisen.

Literaturverzeichnis

- Abromeit, Heidrun*, 1976: Zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im gegenwärtigen Kapitalismus, in: PVS 17, 2–22
- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba*, 1965: *The Civic Culture*, Boston
- Bloom, Howard S. und H. Douglas Price*, 1975: Voter Response to Short-Run Economic Conditions: The Asymmetric Effect of Prosperity and Recession, in: *American Political Science Review* 69, 1240–1254
- Butler, David und Donald Stokes*, 1969: *Political Change in Britain*, London
- Converse, Philip E.*, 1966: The Concept of a Normal Vote, in: *Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes*, *Elections and the Political Order*, New York, 9–39
- Dinkel, Reiner*, 1977: *Der Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der politischen Entwicklung in einer Demokratie: Eine Untersuchung mit Hilfe der ökonomischen Theorie der Politik*, Berlin
- Downs, Anthony*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York
- Fair, Ray C.*, 1975: *On Controlling the Economy to Win Elections* (Cowles Foundation Discussion Paper No. 397), New Haven, Connecticut
- Falter, Jürgen W.*, 1977: Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? in: PVS 18, 476–500
- Falter, Jürgen W. und Hans Rattinger*, 1981: Parteien, Kandidaten und Issues in der Bundestagswahl 1980: Eine Normal-Vote-Analyse, erscheint in: *Max Kaase und Hans D. Klingemann* (Hrsg.), *Wahlen und politische Kultur: Studien zur Bundestagswahl 1980*, Opladen
- Frey, Bruno S.*, 1977: *Moderne politische Ökonomie*, München
- Frey, Bruno S. und Friedrich Schneider*, 1975: On the Modelling of Politico-Economic Interdependence, in: *European Journal of Political Research* 3, 339–360
- Frey, Bruno S. und Friedrich Schneider*, 1981: Recent Research on Empirical Politico-Economic Models, in: *Douglas A. Hibbs und Heino Fassbender* (Hrsg.), *Contemporary Political Economy*, Amsterdam, 120–135
- Frey, Bruno S. und Hannelore Weck*, 1981: Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt? in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 196, 1–31
- Galbraith, John K.*, 1958: *The Affluent Society*, New York
- Garding, Hartmut*, 1978: Ostpolitik und Arbeitsplätze: Issues 1972 und 1976, in: *Dieter Oberndörfer* (Hrsg.), *Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin, 327–390
- Gluchowski, Peter*, 1978: Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, in: *Dieter Oberndörfer* (Hrsg.), *Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin, 265–323

- Herder-Dorneich, Philipp* und *Manfred Groser*, 1977: Ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs, Göttingen
- Hereth, Michael*, 1974: Freiheit, Politik und Ökonomie, München
- Hibbs, Douglas A.*, 1977: Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *American Political Science Review* 71, 1467–1487
- Inglehart, Ronald*, 1977: *The Silent Revolution*, Princeton
- Jagodzinski, Wolfgang*, 1981: Sozialstruktur, Wertorientierungen und Parteibindung, in: *Zeitschrift für Soziologie* 10, 171–191
- Jung, Helmut*, 1978: Ökonomische Einstellungen und das Wahlverhalten auf dem Hintergrund sozialstruktureller Variablen: Ein Zeitvergleich zwischen 1973 und 1976, in: *Dieter Oberndörfer* (Hrsg.), *Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin, 391–464
- Kalchauer, Werner*, 1966: *Wirtschaft und Politik in Deutschland, Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*, Köln
- Kirchgässner, Gebhard*, 1976: *Rationales Wählerverhalten und optimales Regierungverhalten*, Diss. Univ. Konstanz, Konstanz
- Klingemann, Hans D.*, 1973: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung, in: *PVS* 14, 227–256
- Klingemann, Hans D.* und *Charles L. Taylor*, 1977: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: *PVS* 18, 301–347
- Kramer, Gerald H.*, 1971: Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896–1964, in: *American Political Science Review* 65, 131–143
- Nordhaus, William D.*, 1975: The Political Business Cycle, in: *Review of Economic Studies* 42, 169–190
- Norpoth, Helmut*, 1978: Party Identification in West Germany, in: *Comparative Political Studies* 11, 36–61
- Peretz, Paul*, 1981: The Effect of Economic Change on Political Parties in West Germany, in: *Douglas A. Hibbs* und *Heino Fassbender* (Hrsg.), *Contemporary Political Economy*, Amsterdam, 101–120
- Rattinger, Hans*, 1979: Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1976, in: *PVS* 20, 51–70
- Rattinger, Hans*, 1980: *Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin
- Rattinger, Hans*, 1981: Unemployment and the 1976 Election in Germany: Some Findings at the Aggregate and the Individual Level of Analysis, in: *Douglas A. Hibbs* und *Heino Fassbender* (Hrsg.), *Contemporary Political Economy*, Amsterdam, 121–135
- Riker, William H.* und *Peter C. Ordeshook*, 1973: *An Introduction to Positive Political Theory*, Englewood Cliffs, N.J.
- Roth, Dieter*, 1973: Ökonomische Variablen und Wahlverhalten: Eine empirische Untersuchung zur Validität von Einschätzungsfragen, in: *PVS* 14, 257–274
- Roth, Dieter*, 1977: Ökonomische Situation und Wahlverhalten: Das Beispiel Arbeitslosigkeit, in: *PVS* 18, 537–550
- Schmidt, Manfred G.*, 1980: *Political and Economic Determinants of Macroeconomic Policy in Advanced Capitalist Democracies* (Universität Konstanz, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Diskussionsbeitrag Nr. 3/1980), Konstanz
- Stokes, Donald*, 1963: Spatial Models of Party Competition, in: *American Political Science Review* 57, 368–377
- Tufte, Edward R.*, 1978: *Political Control of the Economy*, Princeton, N.J.

Anhang 1: Tabellen

Tabelle 1: Einschätzung der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftslage

Umfrage	Jahr	Wahlverhalten	Wirtschaftslage		
			gut	teils-teils	schlecht
			N = 1033	$\chi^2 = 42,5$	p < 0,001
5	1965	CDU /CSU (%)	58		35
		SPD (%)	35		59
		FDP (%)	8		6
			N = 1411	$\chi^2 = 14,4$	p < 0,001
6	1968	CDU /CSU	53		44
		SPD	43		50
		FDP	4		7
			N = 1211	$\chi^2 = 11,6$	p < 0,01
7	1969	CDU /CSU	49		36
		SPD	48		57
		FDP	3		7
			N = 1691	$\chi^2 = 140,5$	p < 0,001
9	1972	CDU /CSU	23	32	46
		SPD	69	62	47
		FDP	8	7	7
			N = 2412	$\chi^2 = 250,1$	p < 0,001
10	1972	CDU /CSU	25	49	70
		SPD	68	46	26
		FDP	7	5	4
			N = 1698	$\chi^2 = 184,3$	p < 0,001
12	1976	CDU /CSU	25	53	71
		SPD	64	38	22
		FDP	12	10	7
			N = 1218	$\chi^2 = 76,4$	p < 0,001
14	1980	CDU /CSU	28	45	70
		SPD	62	47	25
		FDP	10	8	5

Tabelle 2: Erwartung der zukünftigen allgemeinen Wirtschaftslage

Umfrage	Jahr	Wahlverhalten	Wirtschaftslage		
			besser	gleich	schlechter
6	1968		N = 1267	$\chi^2 = 8,4$	
		CDU / CSU (%)	51	49	41
		SPD (%)	43	46	55
		FDP (%)	6	5	4
9	1972		N = 1505	$\chi^2 = 20,2$	p < 0,001
		CDU / CSU	42	33	46
		SPD	52	58	50
		FDP	6	9	4
10	1972		N = 2357	$\chi^2 = 63,0$	p < 0,001
		CDU / CSU	39	38	59
		SPD	55	57	34
		FDP	7	5	6
12	1976		N = 1688	$\chi^2 = 50,2$	p < 0,001
		CDU / CSU	38	51	59
		SPD	49	41	38
		FDP	14	8	3
14	1980		N = 1212	$\chi^2 = 54,4$	p < 0,001
		CDU / CSU	26	35	56
		SPD	65	56	36
		FDP	9	9	8

Tabelle 3: Bedeutung der Preisstabilität

Umfrage	Jahr	Wahlverhalten	Preisstabilität		
			wichtig	unwichtig	
			N = 1137	$\chi^2 = 5,9$	
3	1961	CDU / CSU (%)	54		62
		SPD (%)	40		31
		FDP (%)	5		7
			N = 1392	$\chi^2 = 0,9$	
6	1968	CDU / CSU	49		50
		SPD	46		50
		FDP	6		0
			N = 1172	$\chi^2 = 13,6$	p < 0,01
7	1969	CDU / CSU	41		50
		SPD	56		45
		FDP	3		5
			N = 933	$\chi^2 = 2,8$	
8	1969	CDU / CSU	47		39
		SPD	48		59
		FDP	5		2
			N = 1714	$\chi^2 = 5,6$	
9	1972	CDU / CSU	39		16
		SPD	54		72
		FDP	7		12
			N = 2388	$\chi^2 = 60,1$	p < 0,001
10	1972	CDU / CSU	45		25
		SPD	49		69
		FDP	6		6
			N = 1826	$\chi^2 = 1,1$	
11	1974	CDU / CSU	45		36
		SPD	43		54
		FDP	12		9
			N = 1699	$\chi^2 = 6,6$	p < 0,05
12	1976	CDU / CSU	47		21
		SPD	43		67
		FDP	10		13
			N = 1190	$\chi^2 = 6,9$	p < 0,05
14	1980	CDU / CSU	41		31
		SPD	51		60
		FDP	8		9

Tabelle 4: Einschätzung der gegenwärtigen eigenen wirtschaftlichen Lage

Umfrage	Jahr	Wahlverhalten	Wirtschaftliche Lage		
			gut	teils-teils	schlecht
			N = 939	$\chi^2 = 0,8$	
4	1965	CDU / CSU (%)	53	54	50
		SPD (%)	42	42	45
		FDP (%)	5	5	6
			N = 1053	$\chi^2 = 20,3$	p < 0,001
5	1965	CDU / CSU	62	53	46
		SPD	27	41	49
		FDP	11	6	6
			N = 1224	$\chi^2 = 5,6$	
7	1969	CDU / CSU	49		42
		SPD	48		52
		FDP	3		5
			N = 1722	$\chi^2 = 6,8$	
9	1972	CDU / CSU	36	42	44
		SPD	57	51	50
		FDP	7	7	6
			N = 2410	$\chi^2 = 32,5$	p < 0,001
10	1972	CDU / CSU	38	47	59
		SPD	55	49	36
		FDP	7	4	5
			N = 1693	$\chi^2 = 27,8$	p < 0,001
12	1976	CDU / CSU	41	54	57
		SPD	48	38	36
		FDP	11	9	8
			N = 1218	$\chi^2 = 7,1$	
14	1980	CDU / CSU	37	42	47
		SPD	53	52	49
		FDP	10	7	4

Tabelle 5: Erwartung der zukünftigen eigenen wirtschaftlichen Lage

Umfrage	Jahr	Wahlverhalten	wirtschaftliche Lage		
			besser	gleich	schlechter
			N = 1101	$\chi^2 = 11,3$	p < 0,05
7	1969	CDU / CSU (%)	40	49	36
		SPD (%)	54	48	60
		FDP (%)	6	3	4
			N = 1016	$\chi^2 = 144,8$	p < 0,001
9	1972	CDU / CSU	17	36	81
		SPD	75	56	18
		FDP	8	8	1
			N = 2400	$\chi^2 = 35,4$	p < 0,001
10	1972	CDU / CSU	34	43	58
		SPD	59	52	34
		FDP	7	5	7
			N = 1687	$\chi^2 = 21,6$	p < 0,001
12	1976	CDU / CSU	38	49	56
		SPD	50	42	31
		FDP	12	9	12
			N = 1214	$\chi^2 = 35,0$	p < 0,001
14	1980	CDU / CSU	32	38	64
		SPD	58	54	29
		FDP	10	9	6

Tabelle 6: Einkommen des Haushalts oder Haushaltsvorstands

Umfrage	Jahr	Wahlverhalten	Einkommen		
			hoch	mittel	niedrig
			N = 918	$\chi^2 = 49,1$	p < 0,001
1	1953	CDU / CSU (%)	59	50	52
		SPD (%)	9	39	39
		FDP (%)	32	11	9
			N = 929	$\chi^2 = 18,6$	p < 0,001
2	1958	CDU / CSU	60	52	51
		SPD	32	45	48
		FDP	8	3	2
			N = 1132	$\chi^2 = 22,3$	p < 0,001
3	1961	CDU / CSU	53	54	58
		SPD	36	41	39
		FDP	11	4	3

Umfrage	Jahr	Wahlverhalten	Einkommen		
			hoch	mittel	niedrig
4	1965		N = 888	$\chi^2 = 28,2$	p < 0,001
		CDU / CSU	55	48	55
		SPD	35	49	42
		FDP	10	3	2
5	1965		N = 1024	$\chi^2 = 23,7$	p < 0,001
		CDU / CSU	63	52	60
		SPD	29	44	37
		FDP	8	4	3
6	1968		N = 1395	$\chi^2 = 14,9$	p < 0,01
		CDU / CSU	52	48	48
		SPD	39	48	49
		FDP	8	4	4
7	1969		N = 489	$\chi^2 = 15,8$	p < 0,01
		CDU / CSU	48	42	60
		SPD	45	55	39
		FDP	7	3	1
8	1969		N = 916	$\chi^2 = 34,7$	p < 0,001
		CDU / CSU	53	42	51
		SPD	36	55	46
		FDP	11	4	3
9	1972		N = 1697	$\chi^2 = 33,8$	p < 0,001
		CDU / CSU	47	36	37
		SPD	41	58	58
		FDP	12	6	6
11	1974		N = 924	$\chi^2 = 2,2$	
		CDU / CSU	41	39	44
		SPD	46	48	47
		FDP	13	13	10
12	1976		N = 1516	$\chi^2 = 9,1$	
		CDU / CSU	49	46	44
		SPD	39	45	48
		FDP	13	10	7
13	1980		N = 2209	$\chi^2 = 20,3$	p < 0,001
		CDU / CSU	48	40	41
		SPD	38	50	47
		FDP	14	11	12

Anhang 2: Ausgewertete Umfragen

Zentralarchiv-Nr.

1)	0145	„Bundesstudie 1953“
2)	0455	„Politische Fragen (Dez. 1958)“
3)	0055	„Kölner Wahlstudie 1961“, Vorwahluntersuchung Juli 1961
4)	0556	„Bundestagswahl 1965“
5)	0314	„Bundestagswahl 1965“
6)	0524	„Politik in der Bundesrepublik Deutschland November 1967“
7)	0525	„Politik in der Bundesrepublik – Aug. 1969“
8)	0426–7	„Bundestagswahl 1969“
9)	0635	„Wahlstudie 1972“
10)	0839–0842	„Bundestagswahlstudie 1972“
11)	0757	„Politische Ideologie“
12)	0823	„Wahlstudie 1976“
13)	1000	„Nationaler Sozialer Survey“
14)	1053	„Wahlstudie 1980 (September)“